

## Resolution gegen Ordnungsrecht

Wir, die 92. Konferenz der deutschsprachigen Mathematikfachschaften, fordern zu verhindern, dass sogenannte „Ordnungsrecht“-Paragraphen der Hochschulgesetze durch die Hochschulen, die Länder oder den Bund genutzt werden können, um politische Aktivitäten, Engagement und Proteste von Studierenden an der Hochschulen zu unterbinden und sanktionieren.

Sowohl wir als Studierende, als auch die Hochschulen, haben ein Interesse daran, Fälle von sexueller Belästigung, Gewalt u. Ä. zu verhindern und zu ahnden. Das Ordnungsrecht stellt bei der Bekämpfung von Übergriffen jedoch aus unserer Sicht keine allgemeine Lösung dar. Wir fordern daher die Hochschulen auf, unter Beteiligung von Studierenden einerseits Präventionsmaßnahmen und Opferschutzstrukturen zu etablieren und auszubauen, und andererseits die anderen bereits vorhandenen rechtlichen Mittel zu benutzen, um gegen diese Übergriffe vorzugehen.

Wir lehnen strikt ab, dass Hochschulen in einigen Bundesländern die Möglichkeit besitzen, über das Hausrecht (oder andere selbstgegebene Regelungen) ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen Studierende anzuwenden.

### Begründung

In Berlin wurde im Juli 2024, in Reaktion auf einen tätlichen Angriff gegen den jüdischen Studierenden Lahav Shapira, das Ordnungsrecht wiedereingeführt und verschärft. Insbesondere wurde das Recht auf studentische Mitbestimmung in Disziplinarverfahren gestrichen. Die Debatte um die Wiedereinführung des Ordnungsrechts reihte sich in den politischen und medialen Diskurs zu den Protesten gegen den Krieg in Gaza ein, weshalb die Gegner:innen des Ordnungsrechts Sanktionierungen von unliebsamem politischen Protest mithilfe des Ordnungsrechts befürchten. Die Wiedereinführung geschah zudem gegen Proteste der Berliner AStAs und der TU-Präsidentin Geraldine Rauch, und wird daher von vielen als Angriff auf studentische Rechte und die universitäre Selbstverwaltung bewertet. Auch in einigen anderen Bundesländern wird aktuell über eine Wiedereinführung des Ordnungsrechts diskutiert, oft ebenfalls im Zusammenhang mit Pro-Palästina-Protesten an den Hochschulen. Die Forderungen dieser Resolution sollen daher auch als ein Aufruf zu Mäßigung der politischen Verantwortlichen und der Verteidigung studentischer Rechte dienen. Hart erkämpfte Freiheiten von Studierenden an ihren Hochschulen dürfen nicht reflexhaft eingeschränkt werden.

*Diese Resolution wurde von der 92. Konferenz der deutschsprachigen Mathematikfachschaften im Konsens beschlossen.*

*Passau, den 21. Juni 2025*